



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 14. November 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

49. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 13. November 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministers über die **Situation der Leitstellen** auf Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU), [Umdruck 18/1912](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Er beschloss, zusätzlich zur bereits durchgeführten schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/119](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen am 26. Februar 2014 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, bis zum 29. Januar 2014 Änderungsanträge vorzulegen, die in die Anhörung mit eingespeist werden sollen und ihre Anzuhörenden für die mündliche Anhörung zu benennen.

Die Ausschussmitglieder kamen weiter überein, noch einmal die DB AG um eine Gespräch im Zusammenhang mit den Beratungen über die Anträge der Fraktion der PIRATEN zur **Videoüberwachung an Bahnhöfen** und **Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern**, [Drucksachen 18/447](#) und [18/626](#), zu bitten. Die Fortsetzung seiner Beratung vertagte er bis Anfang des Jahres 2014.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/385](#), wurde die Durchführung einer schriftlichen Anhörung unter Einbeziehung der von der Fraktion der PIRATEN eingereichten Vorlage zu möglichen alternativen Regelungen, [Umdruck 18/1916](#), beschlossen. Die Anzuhörenden sollen durch die Fraktionen innerhalb von zwei Wochen benannt werden.

Terminplanung:

26. Februar 2014, 10 Uhr Ganztägige Anhörung zum Versammlungsrecht in

Schleswig-Holstein
(Benennung der Anzuhörenden und Vorlage von Änderungsanträgen bis zum 29. Januar 2014)

Schluss: 14:50 Uhr

gez. Dörte Schönfelder